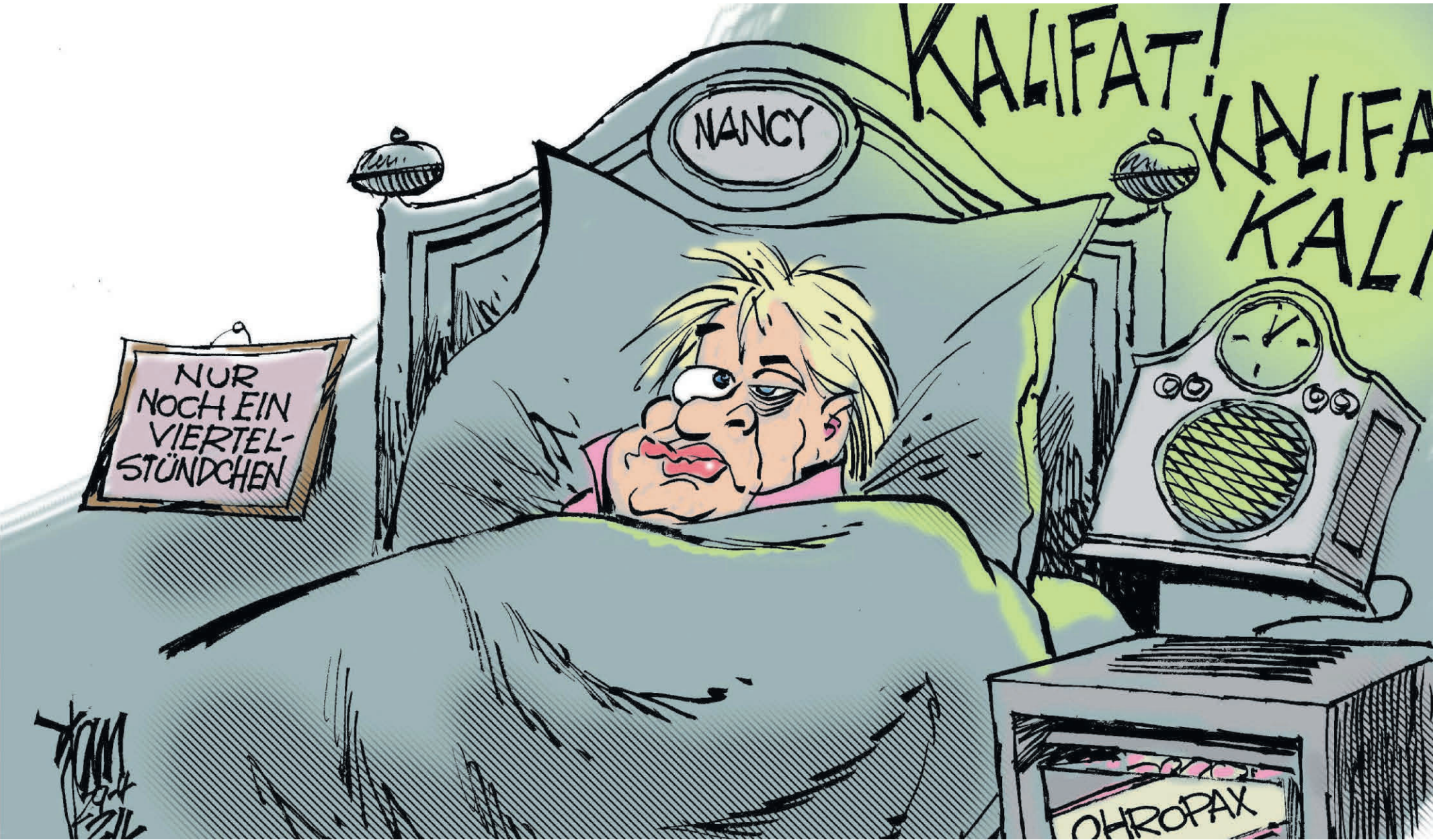




Is was?

ZEICHNUNG: JÜRGEN JANSON

Keine Religion steht über der Kritik

Die Woche brachte eine hitzige Diskussion über den Islam in Deutschland. Auslöser war eine Demonstration in Hamburg, auf der Moslems forderten, Deutschland in ein Kalifat umzuwandeln und die Scharia – das islamische Rechtssystem – einzuführen. In Deutschland gibt es dabei Anlass zu drei grundsätzlichen Beobachtungen.

■ **Verharmlosung des Kalifats und der Scharia:** Ihren Höhepunkt erlebte die in der Sendung „Hart aber Fair“, als die Islam-Apologetin Khola Maryam Hübsch das islamische Recht als eine Art Wohlfahrtskodex und ein Kalifat als eine Art Club Med beschrieb – ohne dafür großartig Widerspruch zu erfahren.

Dabei sind beide Institutionen inkompatibel mit unserem parlamentarischen System, mit unserer Rechtsordnung und westlichen Vorstellungen von Freiheit. Kalifat beschreibt nichts anderes als eine autokratische Herrschaft, die sich göttlich inspiriert wähnt. Der Kalif, der „Beherrscher der Gläubigen“, ist verpflichtet, die vermeintlich göttlichen Gebote des Islam auf Erden durchzusetzen, das „Gute zu fördern, das Böse zu verhindern“ – wobei das „Gute“ in den Regeln des islamischen Rechts zu finden ist, das „Böse“ all jenes umfasst, was ihnen widerspricht.

Letzteres gilt es auszurotten. In islamischen Theokratien, wie wir sie etwa im Iran finden, äußert sich das unter anderem in dem Tatbestand des „Krieges gegen Gott auf Erden“, und der wird mit Hinrichtung geahndet.

Die Scharia, auf die sich jedes Kalifat zu stützen hätte, ist

„Der Islam gehört zu Deutschland?“ Eher nicht – aber er ist hier. Es gilt, die Dinge beim Namen zu nennen und sich von Kampfbegriffen nicht einschüchtern zu lassen, sagt Alexander Will.

ein umfangreiches Rechtssystem, das sowohl kultische und soziale als auch strafrechtliche, ökonomische und völkerrechtliche Regeln umfasst. Im Strafrecht kennt die Scharia barbarische Körperstrafen, die bei bestimmten Delikten vollstreckt werden müssen. Was sie dagegen nicht kennt, ist Gleichheit vor



Der Text zum Anhören, gesprochen vom Autor unter www.nwzonline.de/podcasts/

dem Gesetz. Das gilt für die Geschlechter wie für Andersgläubige. Scharia und Kalifat sehen für Christen und Juden eine Stellung als Bürger zweiter Klasse vor, für Atheisten oder „Polytheisten“ den Tod.

■ **Versuch, ein Kritikverbot am Islam zu etablieren:** Wie man das in der westlichen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts am besten anstellt, haben auch die Islamisten begriffen. Kurz nach der islamischen Revolution von 1979 im Iran begann Revolutionsführer Ajatollah Chomeini den Begriff „Islamophobie“ zu benutzen, um damit Kritik an den Exzessen der Islamisten zu kontern. Insbesondere ging es damals um die Kopftuchgesetzgebung und den Widerstand iranischer Frauen gegen die neue

Kleiderordnung. Heute ist „Islamophobie“ zu einem Kampfbegriff gegen Religionskritik insgesamt geworden, der gern in identitätspolitischen Debatten im Westen verwendet wird.

Dem gesellt sich ein weiterer Kampfbegriff hinzu, ein westliches Eigengewächs, das dankbar von Islamisten adoptiert wird: „antiislamischer Rassismus“. Dieser Begriff aus den Sümpfen linker Identitätspolitik ist absurd. Anhänger des Islam bilden natürlich keine „Rasse“. Eine Religion kann man jederzeit ablegen oder wechseln oder zu ihr konvertieren. Zugehörigkeit zu einer Religion ist eine Frage des freien Willens. Die Konstruktion menschlicher „Rassen“ hat es an sich, dass Menschen aufgrund unveränderlicher äußerlicher Merkmale Eigenschaften angedichtet werden, die ebenfalls als unveränderlich betrachtet werden. Seine Hautfarbe kann man nicht ändern. Der Vorwurf „antiislamischer Rassismus“ kapitalisiert vom Kampf gegen echten Rassismus. Es handelt sich um semantische Trittbrettfahrerei, die erfolgreich auf das Ziel der Tabuisierung kritischer Auseinandersetzung mit dem Islam einzahlt.

■ **Bedrohung freier Rede als Kernstück der Freiheit:** Geht

es um den Islam, herrscht in Deutschland Beißhemmung. Witze über Jesus sind möglich, Witze über Mohammed gefährlich. Die Allzweckwaffen „Islamophobie“ und „antiislamischer Rassismus“ zeigen Wirkung. Damit wird ein Kern der Aufklärung freier Debatte entzogen: die Religionskritik. Die aber muss sich jede Religion gefallen lassen. So wie sich das Christentum nach den Exzessen seiner Anhänger fragen lassen muss, so muss sich das der Islam fragen lassen. Wobei es in der Gegenwart der Islam ist, in dessen Namen Fanatiker hetzen und metzeln, nicht das Christentum.

Mehr noch: Muslime, wenn sie in westlichen Gesellschaften leben wollen, müssen Diskussionen über Dogmen, Glaubensinhalte und Überzeugungen akzeptieren. Sie müssen auch Kritik und Ablehnung ihres Glaubens ertragen, insbesondere, wenn der in die Öffentlichkeit getragen wird. Das Öffentliche ist in einer freien Gesellschaft immer kritikfähig.

■ **Was also tun?** Der politische Islam hat in Deutschland längst Fuß gefasst. Natürlich muss man verhindern, dass Islamisten einwandern, und man muss das Gastrecht missbrauchende Gäste abschieben. Nur: Schon jetzt gibt es 50 000 Leute, die nicht hier sein dürften, und die nicht abgeschoben werden.

Abschiebung stößt zudem an ihre Grenzen bei radikalen Eigengewächsen und der zunehmenden Zahl an Konvertiten, die sich seit einigen Jahren beobachten lässt. Die meisten islamischen „Gefährder“ sind heute deutsche

„Muslime, wenn sie in westlichen Gesellschaften leben wollen, müssen harte Diskussionen über Dogmen, Glaubensinhalte und Überzeugungen akzeptieren. Sie müssen auch Kritik und Ablehnung ihres Glaubens ertragen, insbesondere, wenn der in die Öffentlichkeit getragen wird. Das Öffentliche ist in einer freien Gesellschaft immer kritikfähig.“

Staatsbürger. Hier handelt es sich also um ein hausgemachtes Problem, das der Staat durch seinen Sicherheitsapparat unter Kontrolle halten muss. Dazu gehört, dass die Verfassungsschutzämter ihren Fokus justieren: Statt Hexenjagd auf jene zu treiben, die nach Lesart der SPD-Innenministerin den Staat „delegitimieren“, wäre es hübsch, wenn die Schlapphüte sich um die Fans von Kalifat und Scharia kümmern.

Politisch aber gilt es, das Verhältnis von Religion und Staat neu zu definieren, und das gilt für alle Religionen. Es ist der falsche Weg – den diverse Islamkonferenzen beschritten haben – den Islam institutionell analog den christlichen Kirchen im Verhältnis zum Staat zu etablieren. Stattdessen sollten, auch um Gleichberechtigung der Religionen herzustellen, die anachronistischen Sonderrechte der Kirchen aufgelöst werden. Das trüge dazu bei, Religion noch etwas mehr dorthin zu verweisen, wo sie hingehört – ins Private nämlich.

Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de



Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Nordwest Mediengruppe.

BILD: BICHMANN